Wenn man dieser Tage die Verlautbarungen der Politiker und die Kommentare in den Medien verfolgt, dann kann einem nur noch Angst und Bange werden. Es herrscht eine Stimmung, wie man sie in der Literatur oder in der kritischen Geschichtsschreibung vor exakt einhundert Jahren, nämlich vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges beschrieben findet.
Wir Deutschen sind die Erfolgreichsten, wir sind diejenigen die wirtschaftlich am besten dastehen, wir haben die die richtigen wirtschaftspolitischen Konzepte, wir bürgen und zahlen für die anderen, wir sind die Retter Europas, am deutschen Modell soll Europa genesen. So hört und liest man allenthalben. Dieses Selbstlob, ja diese Selbstüberschätzung trägt Züge von Größenwahn.
Auf der anderen Seite beklagt man die Kritik unserer Nachbarn an der maßgeblich von der deutschen Regierung geprägten Austeritätspolitik mit einer Weinerlichkeit, die man nur noch als Verfolgungswahn bezeichnen kann. Von **Wolfgang Lieb**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

http://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/130408_Groessen_und_Verfolgungswahn_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Von Portugal, über Spanien, Italien, Griechenland und jetzt auch in Zypern gehen die Menschen auf die Straße und lassen ihre Wut gegen die Kanzlerin, gegen die Deutschen aus. Nazi-Symbole werden uns Deutschen entgegengehalten und Angela Merkel mit Hitler-Bärtchen auf Plakate gemalt. Auch das sieht man fast jeden Abend in der Tagesschau.

Unter der Überschrift *„Auf sie mit Gebrüll“* beklagt sich der Leiter des Brüsseler Büros der Süddeutschen Zeitung, der doch eigentlich ansonsten sehr ausgewogen berichtende Martin Winter über die *„feindselige Stimmung“* und *„die Wut in den Krisenländern gegen die Deutschen“*. Auch in vielen anderen Medien finden sich solche Beiträge voller Selbstmitleid. Diese in Deutschland um sich greifende Weinerlichkeit wiederum trägt Züge von Verfolgungswahn. Wie so häufig treffen Größen- und Verfolgungswahn zusammen.

An Martin Winters Kommentar habe ich mich besonders gestoßen, weil ja „die Süddeutsche“ nicht nur die größte deutsche Tageszeitung im Lande ist, sondern weil sie entgegen ihrem Regionalbezug im Namen, eher als europafreundlich, liberal und tolerant gilt. Von Springers Welt oder Bild erwartet man ja ohnehin nur offen oder versteckt nationalistische oder gar chauvinistische Töne.

Der Kommentar in der SZ ist also ein Warnzeichen dafür, wie weit die Weinerlichkeit nach innen bei gleichzeitiger Feindseligkeit nach außen schon ins bürgerliche Bewusstsein vorgedrungen ist.

Die Selbstbezogenheit in diesem Artikel beginnt schon in der Anmoderation: *„Die ständig geschürten Vorurteile gefährden das Fundament der EU.“* Die Vorurteile sind also nur bei den *„vielen Nachbarländern“* zu finden, bei uns Deutschen natürlich nicht.

Dass während der gesamten Euro-Krise in Deutschland Stimmung gegen die faulen und korrupten Griechen, gegen die lahmen und fußkranken Portugiesen, gegen die mafiosen und testosteronüberschüssigen Italiener, gegen die gesamten PIGS-Staaten (pigs= englisch Schweine) gemacht wurde, hat Martin Winter offenbar verdrängt. Nach seiner Meinung weht ausschließlich *„den Deutschen …in Europa ein rauer Wind um die Ohren“*. Dass es vor allem der Einfluss der deutschen Politik in Brüssel war, der für Millionen Europäer nicht nur „rauen Wind“ wehen ließ, sondern handfeste Not brachte, wird kritiklos für richtig und gut gehalten.

„Die eine oder andere Regierung eines Krisenlandes“ schiebe Berlin *„die Schuld an den schmerzhaften Folgen des Krisenmanagements“* zu, *„um vom eigenen Versagen abzulenken“*. Es sind nur die anderen, die *„versagt“* haben und deswegen muss das *„Krisenmanagement“* natürlich *„schmerzhafte Folgen“* haben, denn dieses über der Demokratie stehende Management ist ja nach Winters Meinung offenbar alternativlos und *„schuld“* sind sowieso immer nur die anderen. Als *„größtes, wirtschaftlich erfolgreichstes und in der Krisenbewältigung mächtigstes Land“* kann Deutschland ja gar keine *„Schuld“* haben. Denn der Erfolg heiligt schließlich alle Mittel. Auch die Mittel in einer Währungsunion seine Nachbarn mit Lohn-, Sozial- und Unternehmensteuer-Dumping nieder zu konkurrieren oder seine wirtschaftlichen Erfolge nahezu ausschließlich über Leistungsbilanzüberschüsse aufzubauen und andere auf Dauer zwingend in die Verschuldung zu treiben.

Für Martin Winter ist es geradezu Majestätsbeleidigung, dass sich etwa die Belgier erdreisten, Deutschland bei der EU-Kommission anzuzeigen, *„weil sich das Land mit niedrigen Löhnen angeblich unfaire Wettbewerbsvorteile in der EU verschafft“*. Diese Anzeige durch Belgiens Regierung *„zeugt von schlechtem europäischen Geist“*. Guter europäischer Geist ist also für den Kommentator im Umkehrschluss, dass Deutschland durch Lohnstagnation sowie aus einer notorisch schwachen Binnennachfrage resultierende niedrigere Inflationsrate die kleineren Nachbarn ökonomisch an die Wand gedrückt hat.

Für die Süddeutsche Zeitung ist es hingegen nur eine *„im Süden der Europäischen Union*

beliebte These“, dass *„die Deutschen .. ihre europäischen Partner mit Dumpinglöhnen nieder*“ halten.

Diese für den Kommentator dieser Zeitung natürlich grundfalsche These, verleihe ihr *„eine zerstörerische Wucht*“. Zerstörerisch ist nicht etwa die offenkundige Tatsache, dass Deutschland seine „Erfolge“ auf Kosten der Nachbarstaaten in einer Währungsunion erzielen konnte und nach dem Motto vorgingen: Der Euro ist unsere Währung, aber euer Problem.

Keine deutsche Regierung könne *„eine Umkehr der Verantwortung für wirtschaftliches Versagen akzeptieren. Berlin hat weder die Griechen, noch Italiener oder Franzosen gezwungen, ihre Länder nicht zu reformieren*“. Für Martin Winter ist also völlig klar, dass die deutschen *„Reformen*“ nicht nur richtig waren, sondern dass die anderen Länder genau diese *„Reformen*“ durchsetzen müssen, und wenn es sein muss, eben gegen die Bevölkerung der jeweiligen Länder mit Hilfe des europäischen *„Krisenmanagements*“.

„Es war die zyprische Regierung, die ein Geschäftsmodell für ihre Banken ermöglichte, das zum Debakel führte“, schreibt Winter. Hat aber nicht etwa die deutsche Regierung solche Geschäftsmodelle nicht nur geduldet, sondern hat sogar den Banken mit der Deregulierung des Finanzsektors auch in Deutschland nicht gerade solchen *„Geschäftsmodellen*“ Tür und Tor geöffnet?

Wenn der luxemburgische *„Obereuroäer*“ Jean-Claude Juncker das abrupte Verlassen der bisherigen europäischen Linie der Rettung *„systemrelevanter*“ Banken beklagt, dass Berlin den kleinen Ländern vorschreiben wolle, wie sie ihre Wirtschaft betreiben sollten und dem Rest Europas sein Modell aufzwingen wolle, so sei das *„der Weg zur gezielten Wiederbelebung von Vorurteilen zum Zweck der Einschüchterung*“ , schreibt Winter. Natürlich ist die Zerschlagung der beiden größten zypriotischen Banken auch ein Schlag gegen das Geschäftsmodell Luxemburgs, aber wo hat die deutsche Politik bisher etwas gegen Schwarzgeld- und Steuerhinterziehungsoasen in Liechtenstein, den Kanalinseln, der Londoner City oder sonstwo unternommen. Hat nicht vor kurzem noch Finanzminister Schäuble mit seinem gescheiterten Steuerabkommen mit der Schweiz solchen *„Geschäftsmodellen*“ noch die Absolution erteilen wollen?

Und weil für Martin Winter der Feinde Deutschlands noch nicht genug sind, muss nun auch noch der französische Präsident als Feindbild herhalten. Francois Hollande habe die Kooperation mit Berlin *„auf Eis gelegt*“. Für den Kommentator hat natürlich nur der Franzose Schuld, dass nun *„die Bundesregierung ohne gewichtigen Partner*“ dasteht und *„angreifbar*“ ist. Hat Merkel Hollande, wenn schon keine Brücke, so doch wenigstens einen

kleinen Steg gebaut?

„Wer die Deutschen isoliert, der rüttelt an den Grundfesten der europäischen Konstruktion“, schreibt Winter. Auf die Idee, dass sich umgekehrt die Deutschen von den Portugiesen, den Spaniern, den Italienern, den Griechen, den Zyprioten, den Belgiern oder den Franzosen isoliert haben könnten und damit die Europäische Union zerstören könnten, kommt er gar nicht. Im Gegenteil, die Deutschen müssen sich nach seiner Meinung *„unverstanden fühlen*“.

Das ist die typisch Mischung aus deutschem Größen- und Verfolgungswahn, der im letzten Jahrhundert Europa zweimal in die Katastrophe geführt hat. Die zweite deutsche Demokratie ist auf dem Weg zur ersten.

Die deutsche Großspurigkeit, dass der deutsche Agenda-Kurs alternativlos sei und alle anderen diesem Kurs folgen müssten, koste es was es wolle, ist meilenweit von der Haltung entfernt, mit der Deutschland nicht nur seine Einheit wiedergewonnen hat, sondern zu einem angesehenen und erfolgreichen Glied der europäischen und auch der Weltgemeinschaft geworden ist.

„Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn werden im Innern und nach außen“, sagte Willy Brandt in seiner Regierungserklärung im Jahre 1969. Gute Nachbarn sind nur, die sich dem deutschen Modell unterordnen, heißt es heute.

Merkel und Schäuble haben offenbar aus der der deutschen Geschichte nichts gelernt.

Es ist katastrophal, dass die deutschen Medien den Deutschen wieder einmal die teutonische Großmannssucht anstacheln und sich dabei gleichzeitig als Opfer hinzustellen versuchen. Geschichte wiederholt sich als Tragödie oder als Farce. Man kann nur hoffen, dass es bei der Posse bleibt.